

# Ein Thema, das keinen Aufschub duldet

**Herausforderung** Die Gesellschaft wird immer älter, die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt. Das zieht unweigerlich Fragen nach der künftigen Finanzierung der Alterspflege nach sich – die vom Landtag im Rahmen der «Aktuellen Stunde» andiskutiert wurden.

Oliver Beck  
obeck@medienhaus.li

Die Studie «Finanzierung der Alterspflege» der Stiftung Zukunft.li lässt keine Zweifel offen: Der demografische Wandel lässt unsere Gesellschaft schnurstracks auf einen extremen Anstieg der Pflegebedürftigkeit zusteuern. Die wachsenden Kosten für Pflege und Betreuung zu finanzieren sowie die Verfügbarkeit genügend grosser personeller Ressourcen sicherzustellen, geraten so zu riesigen Herausforderungen, über deren Bewältigung es sich dringlichst Gedanken zu machen gilt.

Diesen Ball nahm die Landtagsfraktion der Freien Liste bereitwillig auf und beschloss, die Thematik im Rahmen der «Aktuellen Stunde» der Oktober-Session im Plenum zu erörtern. Natürlich nicht, um in 60 Minuten eine Lösung zu finden, wie der stellvertretende FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer in seinem einflussreichen Votum betonte. Aber zumindest verbunden mit der Hoffnung, ein Austausch könnte in die Erarbeitung eines überparteilichen Vorstosses zuhänden der Regierung münden.

Dass die Politik sich der Frage nach dem künftigen Liechtensteiner Weg in Sachen Alterspflege annehmen muss, war gestern unbestritten. «Das Prinzip Hoff-

nung wird nicht funktionieren. Die Alterspflege wird eine enorme Herausforderung werden – wirtschaftlich und gesellschaftlich», strich der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser mit Verweis auf die Studie von Zukunft.li heraus. Eine Herausforderung, die es jetzt anzugehen gilt, wie Harry Quaderer (DU) anmahnte: «Die demografische Uhr steht bei fünf vor zwölf.»

## Eigenverantwortung versus Solidarität

Einigkeit herrschte auch in der Einschätzung, dass das blosse Festhalten an der jetzigen Praxis nicht als Lösung taugt. Das bislang bewährte Drei-Säulen-System zur sozialen Absicherung im Alter stosse durch den demografischen Wandel an seine Grenzen, so der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann. Auch Christoph Wenaweser hielt fest, dass ein «weiter wie bisher» keine Option sein dürfe. In Analogie zum FBP-Abgeordneten Johannes Hasler, der von einer zu wahrenen «Generationengerechtigkeit» sprach, begründete er seine ablehnende Haltung mit dem Blick auf die Nachkommenschaft: «Bereits unsere Kinder und Enkel, aber selbst die Jüngeren unter uns hier würden einen nahezu unbezahlbaren Preis zu zahlen haben.»

Doch wie könnte eine Finanzierung der Alterspflege durch die



Christoph Wenaweser (VU) ist sich sicher: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren.» Bild: Daniel Schwendener

bisherigen Geldgeber öffentliche Hand, Krankenkassen und Klienten künftig aussehen, wenn eine Entlastung nachfolgender Generationen angestrebt wird und eine Verringerung der Pflegequalität, wie gestern mehrfach betont, nicht zur Debatte steht? Die Stiftung Zukunft.li bringt in ihrer Studie als mögliche Antwort eine vierte Säule in Form eines indivi-

duellen Pflegekapitals ins Spiel. Dabei wird ab einem bestimmten Alter jeder verpflichtet, bis zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegebedarf monatlich eine Prämie auf ein Konto einzuzahlen, das später zur Deckung von Pflege- und Betreuungskosten verwendet wird. Geld, das übrig bleibt, kann vererbt werden, reichen das Pflegekapital und weitere private Mit-

tel dagegen nicht aus, kommen andere Finanzierungsmechanismen – und damit auch wieder der Solidaritätsgedanke – zum Tragen.

## Das Volk muss es auch wollen

Die Rezeption dieses Vorschlags fiel gestern zwiegespalten aus. Einerseits wurde ein Mehr an Eigenverantwortung als positiv empfunden. Zugleich wurden aber Bedenken laut, die teilweise auch schon von den Autoren der Studie angesprochen worden waren – zuvorderst die mitunter hohe finanzielle Belastung von Einzelpersonen. «Viele Menschen können sich ein solches «Kässeli» nicht leisten», betonten etwa Thomas Lageder (FL) und Fraktionskollege Georg Kaufmann unisono.

Harry Quaderer stellte unter anderem die politische Realisierbarkeit infrage, indem er darauf hinwies, dass das Volk eine solche Variante auch wollen müsste. Ein Zweifel, den er nicht nur mit dem FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert, sondern ebenso mit Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini teilte. Der von der Stiftung Zukunft.li vorgeschlagene Mechanismus sei zwar geeignet, um die Finanzierungsquellen des heutigen Umlageverfahrens zu ergänzen, meinte letzterer. «Meines Erachtens ist es politisch aber nicht mehrheitsfähig, eine neue

Form des Zwangssparen einzuführen.»

Stattdessen schlug der Minister vor, bei Rentenanstritt einen Teil des Altersguthabens aus der Pensionskasse auszuscheiden und im Sinne des Vorschlags von Zukunft.li zu verwenden. Auch Georg Kaufmann und Thomas Lageder setzten bei der beruflichen Vorsorge an. Ersterer regte an, über eine Förderung von Teilzeitarbeit zu erreichen, dass «alle Menschen über eine zweite Säule verfügen». Lageder schlug eine schrittweise Anhebung der Arbeitnehmer- und -geberbeiträge auf das Schweizer Niveau (total 12,5 Prozent) vor. «Hier besteht dringender Handlungsbedarf.»

## Postulat ist bereits auf dem Weg

Ein Satz, wie er im Verlauf der aktuellen Stunde immer wieder fiel. Und so wird sich auch auch die von Wolfgang Marxer eingangs artikulierte Idee eines überparteilichen Vorstosses tatsächlich realisieren – wenn auch nicht ganz so, wie es der FL vorgeschwebt haben dürfte. Wie Christoph Wenaweser sagte, haben die Koalitionsparteien bereits ein gemeinsames Postulat zur Thematik Alterspflege erarbeitet, das in Kürze eingereicht werden soll. Die beiden anderen Landtagsfraktionen seien herzlich eingeladen, es ebenfalls zu unterzeichnen.